

Digitalisierungsstrategie und -politik

Die zunehmende Digitalisierung der europäischen Gesellschaft bringt enorme Chancen für die Lebensqualität und das Wirtschaftsleben der Union mit sich. Entscheidend für die bestmögliche Vorbereitung der EU auf die Entwicklungen der nächsten Jahrzehnte ist eine frühzeitige Verzahnung der Digitalisierungsstrategien der einzelnen Nationalstaaten: Um als Europäische Union auf Höhe der weltweiten Vorreiter zu bleiben, bedarf es einer drastischen Konzentration und Stärkung der Digitalisierungs-Koordination auf europäischer Ebene.

Die Rolle des digitalen Binnenmarktes ist essentiell für die digitale Aufstellung der EU. Um allerdings nicht nur den freien Verkehr von digitalen Waren und Dienstleistungen sicherzustellen, sondern Digitalisierung ganzheitlich zu koordinieren, muss die EU sich auch strukturell entsprechend neu aufstellen:

Digital-Ministerrat. In einem ersten Schritt bedarf es, entsprechend anderen Politikfeldern, eines Digital-Ministerrates als Plattform zur intergouvernementalen Abstimmung und als Gesetzesinitiierende Kammer auf diesem Gebiet.

Ausschließliche Kompetenz. Mittelfristig sollte die ausschließliche Zuständigkeit der EU in Fragen digitaler Ordnungspolitik nachgezogen werden. Auf diesem Wege können von Anfang an europaweite Standards eingeführt werden, die Unternehmen Planungssicherheit und ein einheitliches Marktgebiet garantieren.

Verstärkte Legislative auf der Digital-Agenda. Die Legislative kann mit gegebener Kompetenz einen europaweit einheitlichen Rechtsrahmen für Internet, Daten, künstliche Intelligenz und verwandte Bereiche schaffen. Eine supranationale Gesetzgebung kann weiterhin sicherstellen, dass die Nutzungsfreiheit des Internets gegen Zensur von Nationalstaaten abgesichert wird. In der Folge muss es europaweite, digitale "Mindeststandards" geben.

Digital-Agentur als regulärer Bestandteil der Exekutive im offenen europäischen Kern. Die administrative Verantwortung der Digitalisierungs-Kompetenz sollte eine entsprechende Digital-Agentur übernehmen, in der die Digitalisierungsaktivitäten der EU zentral koordiniert werden. Mit einem eigenen Förderbudget kann sie Anreize für IT-Unternehmen setzen, in

der EU zu investieren. Eine Grundsicherung durch das Ansiedeln erfolgskritischer Sektoren (z.B. Batterien, Netzsicherheit) fällt ebenfalls in ihr Aufgabengebiet. Sie ist dem Parlament als Ministerium / Ressort unterstellt.

Digital-Forschung fördern. Um Kompetenz in der EU zu halten und technologisch nicht weiter abzufallen, muss der Forschungsetat der EU ausgeweitet werden. Durch eine transnationale Fördermittelallokation und das konsequente Ausschreiben von Projekten der Digitalforschung können akademische Kompetenzcenter geschaffen werden, die Digital-Akademikern auch innerhalb der EU eine Perspektive aufzeigen.

Künstliche Intelligenz aktiv und gemeinsam gestalten. Seitens der Europäischen Union sollte das Feld der künstlichen Intelligenz mit besonderem Interesse vorangetrieben werden. Um rechtzeitig einen politischen Rahmen für die wirtschaftlichen Entwicklungen herzustellen, und um die EU zu einem attraktiven Standort zur Weiterentwicklung künstlicher Intelligenz zu machen, bedarf es einer europaweiten Förderstrategie für Wirtschaft und Forschung. Gleichzeitig zu innenpolitischen Initiativen muss die Europäische Union auch international Stellung beziehen und sich um einen völkerrechtlichen Rahmen zum Einsatz künstlicher Intelligenz .

Digitale Sicherheit gemeinsam gewährleisten. Um die digitale Integrität der Europäischen Union zu wahren und um kritische Infrastruktur zu schützen, sollte im Rahmen des Europa-Kerns eine gemeinsame Abwehr- und Eingreiftruppe für Cyber-Attacken staatlicher wie terroristischer Natur aufgebaut werden.